

10. Januar 2023

Anfrage für die Stadtverordnetenversammlung am 25.01.2023

Maßnahmen zur IT-Sicherheit in der Stadtverwaltung

Nach Berichten verschiedener Medien erhielt die Stadt Potsdam Ende 2022 Warnungen von Sicherheitsbehörden über einen bevorstehenden Cyberangriff. Darüber hinaus hatte die Landeshauptstadt am 29. Dezember 2022 auch eine sogenannte Brute-Force-Attacke auf ihre Systeme erkannt. Bei solchen Angriffen versucht üblicherweise jemand, durch massenhaftes Ausprobieren von Zugangsdaten in ein System einzudringen. Details gab die Verwaltung nicht bekannt.

Daraufhin hat die Potsdamer Stadtverwaltung ihre Verbindungen zum Internet getrennt und seither nicht wiederhergestellt. Alle Mitarbeitenden der Potsdamer Stadtverwaltung sind nicht per E-Mail erreichbar.

Folgende Leistungen sind seitdem nicht mehr möglich: Ausstellung von vorläufigen Reisepässen, die An- und Abmeldung von Fahrzeugen sowie die Ausstellung von Führungszeugnissen. Auch die Urkundenstelle des Standesamts stehe derzeit nicht zur Verfügung. E-Mails zur Meldung von Kindeswohlgefährdungen könnten nicht bearbeitet werden.

Wir fragen vor diesem Hintergrund die Stadtverwaltung Cottbus:

1. Würde die Stadtverwaltung in einem ähnlich gelagerten Fall ebenfalls mit einem solchen Shutdown reagieren müssen oder gibt es alternative Präventivmaßnahmen?
2. Wie ist die Stadtverwaltung auf mögliche Hackerangriffe – beispielsweise im Rahmen eines Erpressungsversuches – vorbereitet?
3. Wie sind für den Fall von Hackerangriffen die Daten der Bürgerinnen und Bürger vor unerlaubten Zugriffen geschützt.

Matthias Loehr
Fraktionsvorsitzender